am Sonnabend abgegebene Erklärung, bei Lichte besehen, nicht, denn daß die preußische Regierung den jetzigen Getreidezoll nicht für ausreichend hält und ihn deshalb so zu erhöhen gedenkt, daß er als ausreichend betrachtet wird, wußte man längst und wußte es trotz des den extremen Agrariern nicht genügenden Versprechens, für einen „gesicherten" Zollschutz Sorge tragen zu wollen. Die „Germania" ist denn auch nicht völlig zufrieden gestellt, weil „eine volle Aufklärung über die Absichten der Regierung in diesen allgemeinen Bemerkungen nicht enthalten ist". Und wenn Graf Bülow glauben sollte, durch seine neue Erklärung die Gegner der Canalvorlage zu Freunden derselben gemacht zu haben, so würde auch er sich täuschen. Das geht mit besonderer Deutlichkeit aus folgender Auslassung des „Reichsboten" hervor:

„Von großer Wichtigkeit wäre es, wenn der Reichskanzler die Vorlage des Zolltarifs bei dem Reichstage so beschleunigte, daß sie noch während der Berathung der Canalvorlage im Reichstage einträfe und so die Wertherklärung des Reichskanzlers sich in bestimmte Zahlen umsetzte. Man sei doch ganz offen: Jedermann weiß, daß die Vertreter der Landwirthschaft den Canal als ein Pressionsmittel für die Zollerhöhung auszunutzen können — der Antrag deutet ja darauf hin —, und bei der Wichtigkeit der Zollerhöhung für die nothleidende Landwirthschaft kann man ihnen das auch gar nicht verdenken und muß es deshalb begreiflich finden, daß sie dieses Pressionsmittel nicht eher aus der Hand geben wollen, bis sie der Zollerhöhung ganz sicher sind — und die volle Sicherheit geben ihr erst bestimmte Zahlen."

Das heißt mit anderen Worten: „Erst wenn der neue Zolltarif vorliegt und uns gefällt, werden wir wegen des Canals mit uns reden lassen." Und da voraussichtlich der Tarif den extremsten Agrariern nicht gefällt, so werden diese auch die Ausführung des Canals wenigstens zu verschleppen suchen. Die mit so großer Spannung erwartete Sonnabendsitzung des preußischen Abgeordnetenhauses hat also an der Lage so gut wie gar nichts geändert.

Die Trauerkundgebungen der deutschen Parlamente nach dem Tode der Königin Victoria sind unseren Nachbarn jenseits des Canals nicht imposant genug gewesen. Wir schließen dies daraus, daß der „Rhein.-Westf. Ztg." aus London geschrieben wird:

Kaiser Wilhelm soll sich unzufrieden darüber geäußert haben, daß weder der preußische Landtag noch der deutsche Reichstag es beim Empfang der Nachricht vom Ableben der Königin Victoria für angezeigt erachteten, die Sitzung zum Zeichen der Trauer aufzuheben, wie das andere Parlamente, z. B. das belgische, das italienische, das ungarische und auch das Washingtoner Repräsentantenhaus, gethan haben. Ueberdies wären die Herrscherhäuser dieser Staaten nicht einmal so nahe mit der verstorbenen Königin verwandt. Das, was der Kaiser in vertrautem Kreise als einen Mangel an Rücksicht in den deutschen Parlamenten bezeichnete, werde der Kaiser durch eine außergewöhnliche officielle Trauerkundgebung auszugleichen wissen.

Seltsamer Weise zieht die „Tägl. Rundsch." diese Angabe nicht ernstlich in Zweifel, sondern bemerkt zu ihr:

„Diese Nachricht scheint eine gewisse Bestätigung dadurch zu erfahren, daß die Trauerkundgebungen, die der Kaiser für Armee und Marine angeordnet hat, in der That außergewöhnlich sind. Während z. B. die Armee für einen dem Kaiserhause gleichfalls nahe verwandten regierenden deutschen Fürsten, der den höchsten militärischen Rang in unserer einheimischen Armee bekleidete, bei seinem Ableben nur drei Tage Trauer anlegte, trauert sie um die ihr im vollsten Sinne des Wortes fremde Herrscherin vierzehn Tage. Armee und Marine stehen aber in einem so ausgesprochen persönlichen Verhältniß zum Kaiser, daß nicht nur das Recht des Kaisers, sondern auch der menschliche Antheil an den persönlichen Gefühlen des Kaisers jede Kritik an diesen Anordnungen ausschließt. Indessen gerade weil bei uns — im vollen Gegensatz zu Belgiern, Italienern, Ungarn und Amerikanern — der Herrscher in so ausgiebiger Weise die Möglichkeit hat, seiner persönlichen Stellungnahme Ausdruck zu geben, war es durchaus berechtigt, daß die Vertretungen die persönlichen und dynastischen Beziehungen nicht so stark betonten, sondern in der Form ihrer Beileidsbezeugung mehr das politische Moment und die Volksstimmung berücksichtigten."

Jedenfalls ist die „D. Tagesztg." im Rechte, wenn sie die dem Kaiser untergeschobenen Aeußerungen als sehr unwahrscheinlich bezeichnet und hinzufügt:

„Es ist nicht parlamentarischer Brauch in Deutschland, die Sitzung infolge des Todes eines fremden Souveräns aufzuheben. Das ist nur bei dem Heimgange des Kaisers Wilhelm I. geschehen. Die parlamentarischen Gebräuche anderer Länder sind anders. Ob sie besser seien, möge hier nicht untersucht werden. Jedenfalls hastet das deutsche Volk nicht so an Aeußerlichkeiten wie andere Völker. Der Kaiser wird überzeugt sein können, daß die deutsche Volksvertretung an seinem Schmerze ebenso theilgenommen hat und theilnimmt, wenn sie auch ihre Arbeit nicht unterbrochen hat."

Wir nehmen sogar an, daß der Kaiser sich peinlich berührt fühlen wird durch den Versuch des Londoner Correspondenten der „Rhein.-Westf. Ztg.", die deutschen Volksvertretungen zu bofmeistern und einzuschüchtern und zum letzteren Zwecke dem Oberhaupte des deutschen Reiches Aeußerungen in den Mund zu legen, die lediglich englischer Anmaßung ihre Entstehung verdanken. Die deutschen Volksvertretungen werden selbstverständlich die Londoner Kritik ihres Verhaltens mit derselben Gleichmuthe hinnehmen, mit dem das englische Parlament jede abfällige deutsche Aeußerung, und käme sie selbst aus kaiserlichem Munde, hinnehmen würde.

Der italienische Conseilpräsident Saracco hat sich sehr bald überzeugen müssen, wie gefährlich es ist, mit der äußersten Linken gleichsam einen Pact zu schließen. Als seiner Zeit das Ministerium Pelloux zurücktrat, nachdem es, um der Obstruction der Socialisten ein Ende zu machen, eine neue Geschäftsordnung in der Deputirtenkammer durchgesetzt hatte, mußte die Nachgiebigkeit auffallen, mit der das Ministerium Saracco alles, was auf parlamentarischem Gebiete erreicht worden war, wieder preisgab. Sogleich wurde jedoch darauf hingewiesen, daß die äußerste Linke sofort wieder ihre Obstructionstaktik aufnehmen würde, wenn die Regierung sich den Forderungen der Socialisten entgegenstellte. Die jüngsten Vorgänge beim Streik in Genua haben nunmehr dem Conseilpräsidenten die Augen geöffnet. Im Senate hat aus Anlaß dieser Vorgänge eine sehr lebhafte Erörterung stattgefunden, bei der der Leider der Regierung bedeutsame Erklärungen abgab. Um den Beweis zu erbringen, daß jedes Wort dieser Erklärung aufs Genauste erwogen war, verlas Saracco den jedenfalls im Ministerrathe festgestellten Wortlaut. Er ging davon aus, daß der sehr ernste Ausstand nicht etwa durch Meinungsverschiedenheiten zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern hervorgerufen worden war, sondern ausschließlich durch die Agitation der Führer. „Die Regierung", fügte er hinzu, „wird wachsam sein, um die Wiederkehr derartiger Vorgänge zu verhindern; ihre Action muß jedoch unfruchtbar bleiben, falls sie nicht von einem wirksamen Wiedererwachen der socialen Kräfte der Betheiligten unterstützt wird, die in einem verhängnißvollen Egoismus erschlafft zu sein und zu erwarten scheinen, daß ihnen etwas auf den Kopf fällt, um aus ihrer Lethargie zu erwachen und zur Vertheidigung der gemeinsamen Interessen zu eilen. Der Staat hat wohl die Kraft, der Ordnung Achtung zu verschaffen, aber man darf nicht von ihm die andauernde und erziehende Action eines jeden Tages erwarten. Vielmehr muß die Gesellschaft diese Action in sich selbst suchen und finden." Nachdem die Regierung bisher die Zügel hat am Boden schleifen lassen, klingt die Erklärung Saracco's matt genug. Sicher ist nur, daß das Ministerium die von der äußersten Linken drohende Gefahr endlich erkennt, ohne jedoch den Gegnern so scharf ins Auge zu sehen, wie Crispi es vermocht hätte.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 27. Januar. (Runderlaß, betreffend die Streikclausel.) Der preußische Minister v. Thielen hat hat unterm 14. Januar an die Oberpräsidenten in Danzig, Breslau, Magdeburg, Hannover, Coblenz und Münster, an sämmtliche Regierungspräsidenten und an die Ministerial-Baucommission in Berlin folgenden Runderlaß über die Einführung einer sogenannten Streikclausel in Vertragsbedingungen gerichtet:

„Die von verschiedenen Vereinigungen des Baugewerbes ausgehenden Bestrebungen auf Einführung einer Streikclausel in die allgemeinen vertraglichen Bedingungen für Bauten und für Lieferungen haben mir Veranlassung gegeben, eine Stellungnahme der Centralbehörden des Reiches und Preußens zu den erhobenen Forderungen herbeizuführen. Nach dem Ergebnisse der Berathungen habe ich dem Vorstande der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten den Bescheid vom 8. December v. J. zugehen lassen. Es ist danach die Aufnahme der Streikclausel in die Vertragsbedingungen abgelehnt, den Auftraggebern aber eine wohlwollende Berücksichtigung der Verhältnisse im Falle unverschuldeter Arbeitskämpfe zugesichert. Ich ersuche, bei den Bauausführungen des dortigen Geschäftsbereichs dem Bescheide entsprechend zu verfahren und etwaige Anträge auf Verlängerung der vertraglich festgesetzten Fristen oder auf Niederschlagung von Vertragsstrafen nach Maßgabe der Vorschriften rechtzeitig einzureichen."

Die in dem Erlaß erwähnte Mittheilung des Ministers an den Vorstand der Baugeschäfte Berlins lautet:

„Berlin, 8. December 1900. In meinem Erlasse vom 8. März d. J. habe ich dem Vorstande die Bedenken mitgetheilt, welche bei fiscalischen Bauten der Aufnahme einer Vertragsabrede entgegenstehen, nach der im Falle eines Ausstandes der Arbeitnehmer oder einer Sperre der Arbeitgeber sich ohne Weiteres die Vollendungsfrist um die Dauer der Behinderung oder Unterbrechung verlängert. Die Bedenken sind grundsätzlicher Natur und vermindern sich auch nicht, wenn der Eingabe des Vorstandes vom 27. Juni d. J. entsprechend der Arbeitsstörung nur unter der Voraussetzung ein Einfluß auf die Vertragserfüllung zugestanden werden sollte, daß die General-Versammlung des Verbandes die Bausperre beschlossen, oder der Vorstand des Verbandes den Ausstand der Arbeitnehmer, sei es öffentlich, sei es in einem besonderen Schreiben, an den Bauherrn bekannt gegeben hat. Nachdem ich mich auf die erneuten mündlichen und schriftlichen Vorstellungen hin mit den betheiligten übrigen Centralbehörden in Verbindung gesetzt habe, muß ich es unter Bezugnahme auf meine früheren ablehnenden Bescheide vom 8. März und 27. April dieses Jahres wiederholt für nicht mit den staatlichen Interessen vereinbar erklären, allgemein die beantragte Streikclausel in die Vertragsbedingungen einzufügen, mir vielmehr von Fall zu Fall die Entscheidung vorbehalten, inwieweit der Ausstand oder die Sperre gerechtfertigten Grund bietet, den Unternehmer aus seinen Vertragspflichten zu entlassen, ihm eine Verlängerung der Fristen zuzugestehen oder die erwirkte Vertragsstrafe nachzulassen. Den mir unterstellten Behörden werde ich von Vorstehendem Kenntniß geben und gleichzeitig anordnen, daß den durch unverschuldete Arbeitskämpfe hervorgerufenen besonderen Verhältnissen bei Beurtheilung der vertraglichen Verpflichtungen des Unternehmers in gleich wohlwollender Weise ausreichend Rechnung getragen wird, wie dies seither geschehen ist und in den Vorstellungen des Vorstandes auch anerkannt wird."

* **Berlin**, 27. Januar. (Terrorismus der Socialdemokraten.) Die „Germania" theilt folgendes Beispiel des socialdemokratischen Terrorismus mit:

„Am Dienstag, den 15. Januar d. J., legte auf dem Bau Eberstraße 16 in Schöneberg bei Berlin eine Anzahl Zimmerleute die Arbeit nieder, weil der Zimmerer Joh. Hoppe (Mitglied des Verbandes christlicher Maurer und verwandter Berufe, also ein organisirter Arbeiter) auf wiederholte Aufforderung, einer der bestehenden socialdemokratischen Zimmererorganisationen beizutreten, sich weigerte, dieser Aufforderung nachzukommen. Der Zimmerpolier Kollakowski ließ sich aber durch die Arbeitsniederlegung nicht dazu bewegen, den Hoppe zu entlassen. Als die „Genossen" sahen, daß sie damit nichts erreichten, nahmen sie nach zweitägigem Streik die Arbeit wieder auf. Zimmerer Hoppe blieb auf dem Bau und seine socialdemokratisch organisirten Kameraden hätten es wohl auch dabei bewenden lassen, wenn nicht ein Mitglied der Lohncommission der socialdemokratischen Zimmerer auf dem Bau erschienen wäre. Dieses verlangte nun von dem Polier ebenfalls die Entlassung des Hoppe, jedoch ebenfalls ohne Erfolg. Daraufhin griffen die Genossen zu einem anderen Mittel, um den Hoppe arbeitslos zu machen. Wahrscheinlich auf Verabredung leisteten nun die „Genossen" bedeutend weniger, so daß der Polier sich genöthigt sah — um der Arbeit einen besseren Fortgang zu sichern — den Hoppe am Montag, den 21. Januar, zu entlassen."

Dieser Fall und zahlreiche andere Beispiele beweisen doch schlagend, was die Socialdemokratie unter dem „Recht auf Arbeit" versteht. Es hat eben nur derjenige Recht, der zu den „Genossen" zählt.

— Die Kaiserin ist aus Homburg wieder in Potsdam eingetroffen.

— In der am 24. d. Mts. unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern, Staatsministers Dr. Grafen von Posadowsky-Wehner abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrathes wurde auch noch über den dem Kaiser zu unterbreitenden Vorschlag wegen Besetzung einer Mitgliedsstelle bei einer Disciplinarkammer und über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt. — Gestern hielten die vereinigten Ausschüsse des Bundesrathes für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen eine Sitzung.

— Als Candidaten für die Bürgermeisterwahl werden in einflußreichen städtischen Kreisen die Stadträthe Kauffmann und Geh. Regierungsrath von Friedberg genannt.

— Der evangelische Ober-Kirchenrath hat nach der „N. Pr. Ztg." angeordnet, daß anstatt der bisher dem Kirchengebet eingefügten Fürbitte für die in China kämpfenden Truppen diese jetzt in folgender Gestalt eingestellt werde: „Stärke und bewahre die Söhne unseres Volkes, die in der Ferne unter den Waffen dem Vaterlande dienen, und gieb ihnen nach ehrenhaftem Frieden eine glückliche Heimkehr".

— Der preußische Städtetag für 1901 wird am Dienstag und Mittwoch nächster Woche in Berlin zu seinen Berathungen zusammentreten, und zwar mit folgendem Programm: 1) Die Bedeutung des Kleinbahngesetzes für die Städte. 2) Die Betheiligung der Frauen an der offenen Armenpflege. 3) Die Fürsorge der Städte für die schulentlassenen Waisen. 4) Das Gesetz über die Zwangserziehung. Alle großen und eine große Anzahl kleiner Städte werden vertreten sein, Berlin entsendet allein neun Delegirte, und zwar außer dem Oberbürgermeister Kirschner drei Mitglieder des Magistratscollegiums und fünf Stadtverordnete.

— Die Berliner Zionistische Vereinigung hat Folgendes beschlossen:

Die von mehr als 600 Juden besuchte Versammlung erklärt die Einrichtung eines allgemeinen deutschen Judentages für dringend wünschenswerth. Des deutschen Judentages Aufgabe soll es sein, unsere berechtigten staatsbürgerlichen Rechte zu wahren, zur Neubelebung des Zusammengehörigkeitsgefühls und zur Hebung des berechtigten Selbstbewußtseins der deutschen Juden beizutragen. Die Versammlung erwartet, daß die Berufung der Delegirten in einer Weise erfolge, die den deutschen Judentag zu einer wirklichen Vertretung der deutschen Judenheit macht.

A. **Posen**, 27. Januar. Das geplante große polnische Gewerbe- und Vereinshaus auf dem Wilhelmsplatze wird — ein deutsches Hotel. Der Bau des „dom przemysłowy" (polnisches Gewerbehaus) auf dem Wilhelmsplatz ist gescheitert, da der polnischen Gesellschaft, welche den Bau unternehmen wollte, das Capital zur Bebauung der Grundstücke fehlt. Die Gesellschaft hatte die Grundstücke Nr. 17 und 18 aus deutschen Händen erworben und theuer bezahlt (600 000 ℳ). Anstatt die Hausgrundstücke, die einen Miethsertrag von 30 000 ℳ jährlich brachten, vorläufig weiter zu vermiethen, riß man sofort sämmtliche Gebäude nieder. Der abermalige Versuch, Actien im Nominalwerthe von 50 ℳ auszuschreiben und abzusetzen, mißlang, denn die Zeichnungen blieben aus. Es wurden daher Verhandlungen mit einer deutschen Gesellschaft behufs Verkaufs der beiden Grundstücke angeknüpft. Diese Verhandlungen sind jetzt dem Abschluß nahe. Mehrere deutsche Capitalisten, an deren Spitze zwei große Weinfirmen in Berlin und Glogau in Schlesien stehen, werden die Grundstücke erwerben und darauf ein großes deutsches Hotel erbauen. — Die polnischen Gymnasiasten einer hiesigen höheren Lehranstalt sind von ihren Lehrern unter Hinweis auf die Haussuchungen an anderen polnischen Gymnasien ernstlich verwarnt worden.

* **Osnabrück**, 27. Januar. Der Katholikentag wird in diesem Jahre bestimmt hier abgehalten.

w. **Aus Thüringen**, 27. Januar. Wie sich die socialdemokratischen Verbände in die Angelegenheiten der einzelnen Fabriken unbefugter Weise mischen, zeigen die Vorgänge in dem gothaischen Orte Gräfenroda. Die Porzellanfabrik W. Heene dort, sah sich Ende December veranlaßt, einigen Arbeitern, die Unfrieden zwischen der Fabrikleitung und den Arbeitern anzurichten drohten, zu entlassen. Die Entlassenen wandten sich an den Berliner Verband und dieser verhängte die „Sperre" über die Fabrik. Letztere antwortete mit der Verhängung der Sperre über den Verband, indem sie erklärte, keine Leute in der Folge mehr beschäftigen zu wollen, die dem Verband angehörten. 70 Arbeitern, die aus dem Verband nicht austreten wollten, wurde in Folge dessen gekündigt. Das Vorgehen der Porzellanfabrik W. Heene wird von den übrigen am Ort befindlichen Fabriken gebilligt. Fünf Thonwaarenfabriken erlassen jetzt die Erklärung, daß sie dem Vorgehen der Firma W. Heene folgend, überein gekommen sind, vom 25. d. M. ab keine Leute mehr zu beschäftigen, die dem „Berliner Verband" angehören.

* **Weimar**, 27. Januar. Nachdem die Erkrankung des Großherzogs keinen Anlaß mehr zu Besorgnissen bietet, wird die Berufung des Huldigungs-Landtages gegen Mitte Februar erfolgen können. Dagegen wird von der ordentlichen Landtagssession in diesem Frühjahre überhaupt Abstand genommen werden. Die Etatsberathung für die Zeit von 1902 bis 1904 wird bis zum September verschoben werden; außerdem liegen dem Großherzog, wie der Regierung so viele dringliche Arbeiten vor, daß für einen Etatslandtag in den nächsten Monaten kaum die Zeit erübrigt werden kann. (Mgdb. Z.)

* **Darmstadt**, 27. Januar. Die zweite hessische Kammer wird sich demnächst mit der Entschädigung unschuldig erlittener Untersuchungshaft zu beschäftigen haben. Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer hat einstimmig einen Gesetzentwurf, welcher diese Frage regelt, angenommen, und es erscheint sicher, daß das Plenum der Kammer diesem Beschluß ebenso einmüthig beistimmen wird. Ob der Entwurf wirklich Gesetz werden soll, ist allerdings fraglich. Die Regierung hat verschiedene, allerdings mehr formelle als sachliche Einwendungen erhoben. Sie hat vor Allem darauf hingewiesen, daß hier eine Collision zwischen der Landesgesetzgebung und der Reichsgesetzgebung vorliege, insofern als die letztere diese Materie schon für sich in Anspruch genommen habe.

* **Rastatt**, 27. Januar. Vor einiger Zeit erging, wie der „Bad. Beob." mittheilt, an alle Pfarrämter des Bezirks ein Erlaß über die Beerdigung der Selbstmörder, in welchem das großherzogliche Bezirksamt Rastatt die Uebung, Selbstmörder auf einem abseits gelegenen Platze des Friedhofs außerhalb der angelegten Gräberreihe zu beerdigen, als durchaus unzulässig bezeichnet und anordnet, daß auch die Beerdigungen von Selbstmördern in Zukunft in der in Gebrauch befindlichen Reihe, wie sie der Zeit nach aufeinander folgen, zu geschehen haben. Falls dieser Anordnung zuwider gehandelt wird, soll auf Kosten des Veranlassers die Ausgrabung der Leiche und Wiederbeisetzung in der Reihe verfügt, gegen den Todtengräber mit hohen Strafen und gegen den Bürgermeister auf disciplinarem Wege vorgegangen werden.

* **München**, 27. Januar. Bezüglich der Stellung des preußischen Eisenbahnministeriums zu den zehntägigen Rückfahrtkarten wird der „Frkf. Ztg." folgende interessante Aufklärung von ihrem bekannten hiesigen Correspondenten zu Theil: Diese Vergünstigung wurde seiner Zeit

---

findezimmer an der nebligen Küste Schottlands oder hoch oben im achten oder neunten Stockwerk eines jener beängstigenden „Wolkenkratzer" von New York schlafen ging, eine heiße Sehnsucht in ihr eingestellt: nur einmal, ein einziges Mal, wollte sie ihre geliebten Berge wiedersehen! Sie hatte schließlich einen halben Jahreslohn dafür hingeopfert, um die Reise nach der Schweiz ausführen zu können — freilich hatte da auch noch ein stiller Jubel in einem geheimen Winkel ihrer Seele mitgeklungen, der ihr große Seligkeiten in der Heimath verhieß . . .

Wie damals am ersten Abend nach ihrer Rückkehr stand sie nun wieder auf dem „Schänzli", dem kleinen Eiland in dem krystallklaren See, und ließ ihre Blicke über das unvergleichlich herrliche Bild schweifen, das sich rundum aufrollte — über das im ersten Junggrün prangende Ufergelände, die sanft ansteigenden Rebenhügel mit den blitzenden Villen, und weiterhin die sonnenglänzenden Gipfel der in unabsehbarer Kette sich hinziehenden Alpenriesen.

Da lag ihre Heimath, und doch — wie fremd war sie ihr geworden!

Nein, sie fühlte, daß die Nähe ihrer geliebten Berge sie nicht erhob, ihr zerrissenes, einsames Herz nicht befriedigte und heilte — sondern daß sie im Gegentheil immer von Neuem die kaum verharschte Wunde aufriß.

Mittags begann Elisabeth nun mit allem Eifer die Sache nach einer Stellung. Sie wollte aber nur einen Wirkungskreis wählen, der räumlich von ihrer Heimath weit, weit getrennt war. Sie wanderte von einem Comptoir ins andere, um die Stellenangebote zu studiren, schrieb eine Unzahl Briefe, meldete sich da und dort als Bewerberin — müde kehrte sie erst spät Abends in die Pension zurück.

Hier herrschte große Aufregung.

Die Abendausgabe der Züricher Blätter, die Ghey im Lesezimmer des Polytechnikums durchflogen hatte, und um die — wie er versicherte — die ehemaligen Hörer Zwyler's sich rissen, hatten verschiedene ausführliche, höchst sensationelle Depeschen aus Bern gebracht.

Die aufregendste war zunächst die: der Professor Arnold Zwyler lebte! Wochenlang hatte er sich im Hochgebirge aufgehalten, theils in einem elenden Gebirgsdörflein, Windgäll am Grünberg, theils in seiner selbst errichteten Hütte im Brandeisgletschergebiet campirend, um trotz Winterkälte und hundert anderer Gefahren und Strapazen durch Arbeiten an Ort und Stelle nachzuweisen, daß die Theorien Götz Orell's, die die Grundlage bilden sollten für das neue Bahnbauprojekt, auf ganz falschen Voraussetzungen basirten.

„Ha, Fräulein Grimm", rief der Student, die Lectüre des einen Artikels, den er den Damen mitgebracht hatte, unterbrechend, „haben Sie denn in Ihrem Heimathsdorf da hinten, das doch dicht dabei liegt, von all dem nichts erfahren? Die ganze civilisirte Welt wird jetzt dahinguden — und Sie, die's doch aus nächster Nähe hätte beaugenscheinigen können, haben's verpaßt?!"

Elisabeth widerstrebte es, sich in den Mittelpunct ziehen zu lassen, etwa gar als Zeugin in dieser sensationellen Angelegenheit vernommen zu werden. Still, wie sie gekommen, wollte sie wieder von der Bildfläche verschwinden. So ließ sie lieber von den Studentinnen und ihrem Commilitonen, der seine Schwärmerei für sie längst aufgegeben hatte, weil sie seiner Ansicht nach keine „überzeugte Zwinglianerin" war, willig ihre vermeintliche Indifferenz ein wenig bekritteln und belächeln.

Aber wenn auch äußerlich ruhig — in wildaufgeregter innerer Spannung folgte sie doch dem Bericht über die Vorgänge in Bern.

„. . . . Mit der Bahnfrage war", so las Ghey aus der Zeitung vor, „aufs Engste verknüpft das Interesse einer kleinen Gruppe von Züricher Capitalisten, als deren Führer der Seidenfabrikant Schwändi galt. Das große Risico für den Fall einer Ablehnung des Bahnprojectes auf sich nehmend, hatten diese Herren, wie unsern Lesern wohl erinnerlich, die gesammte Länderstrecke, die die Orell'sche Trace berühren sollte, käuflich an sich gebracht. Um so bewundernswerther erscheint daher der Muth und die Opferfähigkeit des Züricher Hauptinteressenten Schwändi, der noch in derselben Stunde, da ihm auf privatem Wege Mittheilung ward von dem Zwyler'schen Werk, nicht anstand, dem Bundesrath das gesammte authentische Material, das von Zwyler gegen das Project aufgestellt war, selbst zu unterbreiten. Da ein Gichtleiden den opfermuthigen Mann, den wir Schweizer mit Stolz den Unsrigen nennen dürfen, an's Zimmer fesselt, erschien — wie gestern Abend schon durch Telegramm nach Bern vorausgemeldet — heute in aller Frühe seine Tochter im Bundespalast, um sich in dieser sensationellen Angelegenheit zu Protokoll vernehmen zu lassen. Natürlich sind die Ankaufsverhandlungen, die heute Mittag zum Abschluß kommen sollten, sofort abgebrochen worden, und Commissare befinden sich in dieser Stunde bereits auf dem Weg ins Brandeisgletschergebiet, um die Minirarbeiten Zwyler's, die unter den erschwerenden Umständen — nämlich daß zur Zeit ihrer Ausführung grimmiger Winter herrschte, daß Zwyler selbst kein berufsmäßiger Ingenieur und auch seine Arbeiter nicht geschulte Leute waren — zu den bedeutendsten Leistungen solcher Art zu rechnen sind, in Augenschein zu nehmen. Von Interesse für unsere Leser wird es wohl noch sein, zu erfahren daß Fräulein Schwändi mit Herrn Professor Zwyler verlobt war. Die Hochzeit war bereits auf Weihnachten festgesetzt worden, als das Verschwinden des Professor sensationelles Aufsehen erregte. Man glaubte damals an eine plötzlich ausgebrochene Geistesumnachtung des berühmten Mannes. Heute nun findet sein damaliges Verschwinden seine volle äußerliche und auch psychologisch begründete innere Erklärung: als Schwiegersohn Schwändi's sah sich Zwyler in die peinliche Lage versetzt, ein Unternehmen von dessen Unausführbarkeit er überzeugt war, schweigend dulden zu müssen, wenn anders er nicht seinem Schwiegervater bedeutenden materiellen Schaden zufügen wollte. Es ehrt ihn, daß er die Beweise für seine Bedenken in aller Stille beibrachte, bevor er noch außen hin irgend etwas unternahm. Ebenso hoch aber ist anzuerkennen, daß Herr Schwändi selbst in letzter Minute noch, seinen eigenen Vortheil hintansetzend, durch die Veröffentlichung von Zwyler's Botschaft den Bund vor einem Millionenverlust bewahrte. Wir stehen nicht an, sein Vorgehen eine echt patriotische That zu nennen, die in der Geschichte der heute allerorts üblichen Börsenmanöver und Speculationsgeschäfte wohl einzig dastehen dürfte."

Das war eine Sensation.

Die Russin wäre am liebsten sofort zu Schwändi gelaufen, um ihm ihre volle Anerkennung zu sagen. Sie hielt im Ganzen nicht allzuviel von den Capitalisten, eigentlich betrachtete sie Jeden, der mehr Geld besaß als sie, als einen Feind. Um so erhabener erschien ihr diese ganz außerordentliche That des Millionärs.

Frau Palm war über die Verhältnisse der alten Patrizierfamilien Zürichs ziemlich genau orientirt. Sie hielt — bei aller Anerkennung des von der Russin so begeistert herausgestrichenen Idealismus, den Schwändi da bewiesen — seine Handlungsweise doch für bodenlos leichtsinnig und querköpfig. Den Ausfall werde das Schwändi'sche Capital einfach nicht decken können, meinte sie, da er beim Verkauf der Riesenländerstrecke jetzt doch kaum ein Drittel des Ankaufspreises herausschlagen werde, und bei der heute bestehenden heißen Concurrenz auf dem Gebiete der Seidenindustrie sei es fraglich, ob er nach solchem Verluste den Fabrikbetrieb werde aufrecht erhalten können.

„So kommt Anna Schwändi also gleichfalls um ihr Vermögen?" fragte Fräulein Grünwald lebhaft.

„Mag sie doch", sagte die Russin hart. „Andere sind auch nicht auf Rosen gebettet. Und sie bekommt doch einen reichen Mann — hat's also noch tausendmal besser als viele von uns."

„Pah, der Orell!" meinte der Studiosus Ghey verächtlich. „Einen Kerl, wie den, der sich in der ganzen Schweiz so unmöglich gemacht hat durch so eine Blamage! Denn so etwas, wie die Geschichte mit den gestohlenen Plänen . . .!" Wieder wandte er sich an Fräulein Grimm. „E, aber nein, daß Sie auch gar nichts gehört haben davon! So nah dabei!"

Elisabeth suchte die Rede möglichst schnell auf etwas anderes zu bringen. Fräulein Grünwald kam ihr dabei zur Hilfe. Sie vertrat die Ansicht, daß Anna Schwändi dem Schotten jetzt unmöglich noch die Hand reichen könne, nachdem sie selbst die Mittelsperson zwischen ihrem Vater und dem Bund abgegeben hatte, in einer Angelegenheit, die den Sturz Orell's zur unmittelbaren Folge gehabt habe.

„Na, und der Zwyler wird sich für die erst recht bedanken!" rief der Studiosus hitzig. „Der wird, sobald er wieder nach Zürich kommt, schon erfahren, wie schnell der Orell hat sein Nachfolger werden sollen — und nachher wird er sich bedanken!"

„Aber veröffentlicht hatte man doch die Verlobung des Fräulein Schwändi mit Orell noch nicht?" fragte Elisabeth, ihre Erregung bemeisternd. „Sie wird den unseligen Schritt gewiß auch schon ernstlich bereut haben. Wenn der Professor nun hört, in wie traurige Verhältnisse seine Braut durch ihr Opfer gerathen ist — glauben Sie nicht, daß er's dann für seine Pflicht halten wird, ihr Alles zu verzeihen?"

Es herrschten hierüber getheilte Ansichten. Ghey meinte: selbst wenn die Schwändi's die heikle Sache der Wiederverlobung des Fräuleins verheimlichen wollten — wer könne wissen, ob nicht irgend welche durch den Zufall gleich ihnen eingeweihte Gegner der Familie Schwändi dem Professor die Geschichte brühwarm berichteten — und dann müsse er sich doch ablehnend verhalten.

Elisabeth sah die Pensionäre der Reihe nach ängstlich prüfend an als wolle sie sich vergewissern ob nicht etwa unter diesen selbst solch ein Mißgünstiger zu suchen sei. Beschämt ob ihres Mißtrauens, zog sie sich dann aber bald zurück.

In der Nacht dachte sie viel über dies Thema nach.

Ihrer Schätzung nach mußte Anna jetzt bereits unterwegs nach Wängli sein.

Ob sie Alexander nicht noch inständig bitten sollte, die Correspondenz zu überwachen, die an Arnold einlief?

Der unglückliche Leidende sollte Anna nach diesem schweren Schicksalsschlag erst wiedersehen, ihren stolzen Muth anerkennen und sie um dieses stolzen Muthes willen lieben lernen, bevor irgend eine Nachricht, die neue Entfremdung zwischen ihnen schaffen konnte, an sein Ohr drang. Er sollte lernen, an Anna zu glauben, weil dies für ihn die einzige Rettung vor der Verzweiflung an der Menschheit überhaupt war.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.